Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/269
18.10.2006

Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

20. Sitzung (öffentlich)

18. Oktober 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:20 Uhr

Vorsitz: Franz-Josef Knieps (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) 1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Vorlagen 14/597 und 14/674

Der Ausschuss erörtert Fragen zum Thema des Tagesordnungspunktes und verständigt sich auf das weitere Beratungsverfahren.

2 Endlich Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt schaffen - Netze frei zugänglich machen! 6

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2491

Der Ausschuss diskutiert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und verständigt sich darauf, in seiner Sitzung am 13. Dezember 2006 abschließend zu beraten.

Seite

3 Nordrhein-Westfalens wirtschaftliche und wissenschaftliche Beziehungen zur Volksrepublik China stärken und ausbauen 10

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2496

Der Ausschuss erörtert das Thema des Tagesordnungspunktes und verständigt sich darauf, eine gemeinsam getragene Initiative zu formulieren.

4 Zukunftschancen sichern - NRW braucht eine Offensive für mehr Studienplätze 10

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2487

Der Antrag wird nach kurzer Aussprache ohne Votum an den federführenden Ausschuss weitergeleitet.

5 Die JEREMIE-Initiative - eine Chance auch für KMU in NRW? 10

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2489

Der Ausschuss verständigt sich darauf, zunächst zusätzliche Informationen des MWME abzuwarten und in seiner Sitzung am 8. November 2006 abschließend zu beraten.

6 Die Überarbeitung des Zuwanderungsgesetzes muss die Weichen neu stellen: Den Wirtschaftsstandort NRW durch erleichterte Zuwanderung und dessen Integrationsförderung stärken 11

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2492

Nach kurzen Stellungnahmen aus den Fraktionen wird der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Votum an den federführenden Ausschuss weitergeleitet.

Seite

7 Wo bleibt das internationale Leitbild der Landesregierung? 11

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2587

Ministerin Christa Thoben sagt zu, im Nachgang der entsprechenden Kabinettbefassung den Ausschuss schriftlich zu informieren.

8 NRW muss Europäische Transparenzinitiative aktiv unterstützen 11

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2588

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, den Antrag der Fraktion der SPD ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzuleiten.

9 Perspektiven von KMU in Verbindung mit dem 7. EU-Forschungsrahmenprogramm (7. EU-FRP) 12

Der Ausschuss verständigt sich nach kurzer Aussprache darauf, in seiner Sitzung am 8. November 2006 abschließend zu beraten.

10 Leitentscheidung der Landesregierung zur Entwicklung der Burg Vogelsang im Nationalpark Eifel 12

Nach kurzen Beiträgen aus den Fraktionen verständigt sich der Ausschuss darauf, zunächst die für die Dezember-Sitzung des Ausschusses zugesagte Leitentscheidung entgegenzunehmen.

11 Stand der Katastrophenvorsorge für die überflutungsbedrohten Bergsenkungsgebiete am Niederrhein 12

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und verständigt sich auf das weitere Bereatungsverfahren.

12 Verschiedenes -

Siehe Seite 24 des Diskussionsteils.

*****

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt **Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps** die Anwesenden und stellt das Benehmen über die Tagesordnung her. - Die SPD-Fraktion habe, teilt er mit, Thomas Eiskirch zum neuen Sprecher ihrer Fraktion gewählt.

(Allgemeiner Beifall)

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Vorlagen 14/597 und 14/674

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps führt aus, Ministerin Thoben habe in der Ausschusssitzung am 20. September 2006 die Schwerpunkte des Einzelplans 08 für das kommende Haushaltsjahr vorgestellt. Der Bitte um Überlassung ihres Sprechzettels sei sie nachgekommen und habe diesen mit Vorlage 14/674 zur Verfügung gestellt.

In der heutigen Sitzung habe der Ausschuss einerseits Gelegenheit, Fragen an die Landesregierung zum Einzelplan richten, andererseits aber auch bereits eigene Bewertungen abgeben zu können. In seiner Sitzung am 8. November 2006 werde der Ausschuss verabredungsgemäß die abschließende Beratung zum Einzelplan 08 durchführen.

Thomas Eiskirch (SPD) bedankt sich für die Glückwünsche und kommt sodann auf den Haushalt zu sprechen: Der Haushaltsentwurf lasse wenig Eigeninitiative des zuständigen Hauses erkennen. Das Ministerium werde mehr und mehr zur Verteilstation für fremdes Geld. Allerdings handele es sich dabei nicht um zusätzliche Mittel. Vielmehr würden neue Mitteln akquiriert, um Landesgeld zu ersetzen. Die Landesregierung ziehe sich aus Ihrer Verantwortung zurück. Neues Geld bedeute insofern keine zusätzliche Unterstützung mehr. Kommunen und Private würden verstärkt in die Pflicht genommen. Schwächere Kommunen gerieten dabei ins Hintertreffen.

Ministerin Christa Thoben habe ihren zu Beginn ihrer Tätigkeit erhobenen Anspruch, mehr Geld und neue Ideen vorzuhalten, nicht erfüllen können. Impulse kämen nicht mehr aus Nordrhein-Westfalen selber. Er hätte mehr Kreativität von der Landesregierung erwartet, wenngleich man in der Bewertung der Ziel-2-Mittel-Problematik durchaus übereinstimme. Ein entschiedeneres Eintreten gegen Einschnitte bei den Mitteln für die Weiterbildung wäre wünschenswert gewesen.

Lutz Lienenkämper (CDU) gibt zu bedenken, dass Impulse im Bereich der Wirtschaft nach fast 40 Jahren SPD-Regierung schwierig seien. Die Strukturen müssten zunächst wieder geordnet werden. Ein Weniger an finanziellen Mitteln ins Feld zu führen, sei nicht stichhaltig.

Dietmar Brockes (FDP) betont, die neue Koalition bestreite nicht den Weg ihrer Vorgänger, über neue Schulden zu gehen. Die Altlasten müssten zunächst bewältigt werden. Man müsse ohne neues Geld durch kreative Politik im Wirtschaftsbereich Akzente setzen. Diesem Anspruch würden Koalition und Wirtschaftsministerium gerecht. Der Konsolidierungskurs werde fortgesetzt.

Problematisch sei nach wie vor, dass über 50% der Etatmittel durch die Steinkohlensubventionen gebunden würden. Der Anfang, an diesen Missstand etwas zu ändern, sei gemacht worden. Man werde alles daran setzen, möglichst zeitnah aus der Steinkohlensubventionierung herauszukommen, um Mittel für Gestaltung im Land zur Verfügung zu haben. Aktuell würden dort die Schwerpunkte gesetzt, wo zu dem Weg keine zusätzlichen Mittel benötigt würden.

Wichtig sei ihm die Neuaufstellung der Außenwirtschaft mit klaren Strukturen. Trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen habe man die Meistergründungsprämie mit einem Ansatz von 6,1 Millionen € auf dem hohen Niveau des Vorjahres halten können. Jeder "Meister "bekomme zeitnah seine Förderung. Es komme nicht mehr zu den zum Teil erheblichen Verzögerungen der vergangenen Jahre.

Reiner Priggen (GRÜNE) empfindet es als schwer, die kreativen Aspekte des Haushalts, von denen die Koalition gesprochen habe, zu finden. Abgesehen von kleineren Positionen sei der Haushalt in seiner Gesamtheit für das Parlament eine Blackbox. So entzögen sich beispielsweise auch die europäischen Programme weitgehend dem parlamentarischen Einfluss. Abgestimmt werde über Mittel, deren Umsetzung im Einzelnen man überhaupt nicht mitbeschließen oder -verfolgen könne.

Zur Meistergründungsprämie bitte er um Angabe des Ist-Standes. Ab 2007 müsste aufgrund der anders strukturierten europäischen Programme eine Abwicklung über die Ziel-2-Programme möglich sein. Kritisch sehe er die zukünftige Außenwirtschaftsgesellschaft unter Banken- und IHK-Leitung. Das Parlament bleibe völlig außen vor. Operativ sei auch die Landesregierung nicht mehr beteiligt. Es sei nicht vernünftig, die Entscheidung vom Parlament weg zu verlagern.

Unter dem Strich sei der Etat der Wirtschaftsministerin zum einen durch Vorfestlegungen beschränkt und zum anderen für das Parlament im Detail nicht nachvollziehbar.

Thomas Eiskirch (SPD) stellt klar, fast jeder von außen kommende Euro werde bei den Landesmitteln gestrichen. Der Haushalt beschreibe vor diesem Hintergrund nur einen Status quo, statt über eine Beibehaltung der Landesmittel mehr Impulse zu setzen. Ein kreatives Moment des Haushalts sehe er darin, dass ein Euro für drei verschiedene Zwecke verausgabte werde.

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD) reklamiert das Recht des Parlaments, Aktivitäten der Landesregierung im außenwirtschaftlichen Bereich nachvollziehen zu können. Es bestehe durchaus die Gefahr, dass das Outgoing-Geschäft unter einer anderen Trägerschaft realisiert werde. Einflussmöglichkeiten des Parlaments gingen verloren. Wer Nordrhein-Westfalen im Ausland ausreichend präsentieren wolle, bedürfe eines höheren Mittelansatzes als lediglich 2,5 Millionen €.

Die GfW solle nach Vorstellung des Ministeriums auf neue Füße gestellt und mit neuen Akzenten versehen werden. Zukünftig falle ihr das Incoming-Geschäft zu. Zusätzlich obliege ihr das Marketing für Nordrhein-Westfalen. Der Haushaltsansatz in Höhe von 6 Millionen € bedeute einen Rückschritt. Kürzungen in der Vergangenheit wolle er dabei keinesfalls ignorieren. Nichtsdestoweniger erforderten neue Akzente und die Akquisition von Kapital für Nordrhein-Westfalen Instrumente, die sich nicht mit einer Mittelkürzung bei der GfW vereinbaren ließen.

Wie seien die Repräsentanzen im Ausland zukünftig aufgestellt? Auch wenn seine Fraktion neue Wege begrüße, habe man Zweifel daran, dass die Finanzausstattung ausreichend sei. Für das von der Ministerin propagierte internationale Marketing fehlten die nötigen Haushaltsmittel. Nachbesserungen seien angebracht.

Uwe Leuchtenberg (SPD) moniert, vielfach würden Positionen in den Haushalt eingestellt, ohne dass deren Sinn für Außenstehende nachvollziehbar sei. So genügten ihm beispielsweise die Aussagen der Landesregierung zur Mittelausstattung der REN-Programme nicht und müssten konkretisiert werden. Im Sinne einer kritischen Begleitung erwarte er nähere Informationen. Nur auf Ideen zu verweisen, halte er für nicht ausreichend. Zielrichtungen müssten vorgegeben werden. Werde das Parlament über Mittelumschichtungen informiert und habe ein Mitspracherecht? Er wolle keinen Haushalt verabschieden, über dessen Mittelverteilung alleine im Ministerium entschieden werde.

Lutz Lienenkämper (CDU) hebt auf die Ziel-2-Mittel ab. Dort werde es zu einer substantiell höheren Effektivität kommen, die sich zum Beispiel über ein Mehr an Wettbewerb bewerkstelligen lasse. Auch die Verteilung der Mittel werde deutlich verbessert.

Gegenüber dem Vorjahresansatz werde der Ansatz bei der GfW jetzt um 166.000 € gekürzt. Gleichzeitig finde eine andere Aufgabenzuweisung statt. Es werde lediglich noch das Incoming-Geschäft betrieben. Das Outgoing-Geschäft werde mit den Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft und der NRW.Bank an anderer Stelle erledigt.

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD) stellt klar, er persönlich habe die Kürzungen in der Vergangenheit nicht befürwortet. Allerdings entwickelten sich Zusammenhänge in politischen Prozessen mitunter anders. Sicherlich könne man so argumentieren, wie dies der Abgeordnete Lienenkämper getan habe. Aber immerhin habe selbst der Geschäftsführer der GfW im Haushalts- und Finanzausschuss verlauten lassen - siehe Vorlage 14/602 -, dass die Geschäftsführung der GfW davon ausgehe, dass die Landesregierung das Ziel einer Erhöhung der institutionellen Förderung für die GfW im Jahre 2007

im Rahmen des laufenden Haushaltsaufstellungsverfahrens eventuell im Rahmen einer Ergänzungsvorlage angehe. - Er, Bollermann, halte Investitionen für sinnvoll.

Ministerin Christa Thoben stellt zunächst klar, dass die jetzige Gliederung des Haushalts ziemlich genau dem entspreche, was auch in den Jahren zuvor vorgelegt worden sei. Außerhalb der Haushaltsberatungen habe die Landesregierung zur Ziel-2-Problematik sehr umfassend informiert. Bisher gehe das Einvernehmen so weit, sogar über einen fraktionsübergreifenden Antrag zur inhaltlich näheren Ausgestaltung nachzudenken.

Für die Belange des REN-Programms hätte Sie selber ebenfalls gerne mehr Mittel zur Verfügung gehabt. Die Wärmepumpe allerdings sei marktgängig. Es gehe deshalb nicht an, Mittel in ein solches Produkt zu investieren.

Auch für die GfW hätte sie gerne einen höheren Ansatz. Es werde möglicherweise in der Ergänzungsvorlage eine leichte Aufstockung geben. - Das Wirtschaftsministerium müsse akzeptieren, dass es zur Konsolidierung des Haushalts schmerzhafte Einschnitte - Stichwort: Bildung - mitzutragen habe. Das Haus bemühe sich, dem durch organisatorische Vorkehrungen zu begegnen. Beispielsweise würden die Energieagentur und die Landesinitiative zusammengeführt. Synergieeffekte würden gezeitigt, ohne dass Beratungsleistung verloren gehe. - Die politische Steuerung der Programme, die in der GfW liefen, verbleibe im Ministerium. Im Übrigen habe das Parlament schon in früheren Jahren zum Beispiel auch nicht über einzelne Messebeteiligungen mit abgestimmt. Solche Entscheidungen würden nach sachorientierten und nicht nach parteipolitischen Erwägungen getroffen.

Der Ausschuss befinde sich, bemerkt **Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps,** mit Blick auf einen gemeinsamen Antrag zur Ziel-2-Förderung auf einem guten Weg.

Die Koalition/die Landesregierung fahre im Gegenzug zu von außen kommenden Mitteln Ansätze deshalb zurück, unterstreicht **Dietmar Brockes (FDP),** weil nur so Schulden abgebaut werden könnten. Ansonsten bliebe der Schuldenstand erhalten. Eine Konsolidierung jetzt verschaffe Luft in der Zukunft.

Das Parlament habe durchaus Möglichkeiten, über die Ziel-2-Förderung Einfluss zu nehmen. Die Grünen-Fraktion selber habe mit ihrem Papier eine gute Beratungsgrundlage geliefert, wie dies gelingen könne. Möglicherweise könne sogar ein gemeinsamer Antrag formuliert werden, der in enger Abstimmung mit der EU-Kommission einen Rahmen für die Vergabe der Strukturmittel setze. Gleichwohl könnten - wie schon in der Vergangenheit - nicht einzelne Projekte zur Abstimmung gebracht werden.

Auch wenn derzeit nicht mehr Mittel für die Belange der Außenwirtschaft zur Verfügung gestellt werden könnten, liefen Bemühungen in Richtung einer Aufstockung. Die Koalition werde die Ministerin bei ihren Gesprächen mit dem Finanzminister unterstützen, um für eine breitere Basis zu sorgen. In gewisser Weise ergebe sich jetzt schon durch die Beteiligung von Partnern beim Outgoing-Geschäft eine finanzielle Erweiterung. Nach wie vor besitze das Parlament ein Mitspracherecht.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wir sind das Parlament!)

Uwe Leuchtenberg (SPD) stellt er klar, er habe keineswegs mehr Mittel zur Förderung der Wärmepumpentechnologie gefordert. Probleme im Bereich der Geothermie bereite die Bohrtechnik, weil für einen Privaten nicht abschätzbar sei, welche Kosten auf ihn im Laufe einer Bohrung zukämen. Dort müsse Abhilfe geschaffen werden, wolle man die Technologie weiter forcieren. Darüber hinaus stehe nicht genügend qualifiziertes Personal bei den Firmen zur Verfügung. Diese Aspekte seien auch in der Fachanhörung des Landtags thematisiert worden.

Reiner Priggen (GRÜNE) weist im Zusammenhang mit der Meistergründungsprämie auf den Wegfall einer Distanzierung zwischen Ziel-1- und Ziel-2-Gebieten im Rahmen der neuen EU-Förderprogramme hin. Welchen Weg werde das Ministerium ab 2007 beschreiten?

Nach ihm vorliegenden Informationen mit Stand vom September 2006 seien außerhalb der Ziel-2-Gebiete 511 Meistergründungsprämie bewilligt worden, innerhalb dieser Kulisse 65 Prämien. Vorgesehen gewesen sein Mittel für 1.220 Anträge. Wie sei der Ist - Stand? Erreiche der Mittelabfluss das erwartete Niveau?

Ministerin Christa Thoben legt dar, ab 2007 werde die Meistergründungsprämie in einer einheitlichen Höhe von 5.000 € gezahlt. Die Finanzierung sei unterschiedlich.

(Gabriele Sikora [SPD]: Nur unterschiedlich finanziert!)

Bis Ende September gebe es einen Mittelabfluss für 332 Anträge außerhalb der EU - Gebietskulisse. Eine Hochrechnung auf der Basis in den ersten neun Monaten lasse für 2006 etwa 450 bis 500 Anträge mit einem Mittelbedarf von 2,25 bis 2,50 Millionen € erwarten. Im Schnitt der letzten drei Jahre seien jeweils 3 Millionen € verausgabt worden.

Reiner Priggen (GRÜNE) konzediert, dass es sich wohl um eine Adhoc-Aussage handele, auf die er die Ministerin allerdings nicht festlegen wolle. Die Zahlen zweifle er an, weil ihm mitgeteilte Daten für Mitte September bereits über dem gelegen hätten, was die Ministerin jetzt vorgetragen habe. Er bitte das Haus, im Nachgang zu heutigen Sitzung präzisiertes Zahlenmaterial nachgeliefert zu bekommen. - **Ministerin Christa Thoben** sagt dies zu.

Die Ausschüttung für pro Fall bei der Meistergründungsprämie, hält **Thomas Eiskirch (SPD)** fest, werde offensichtlich auf ein einheitliches Niveau festgelegt. Dadurch fielen einige Bereiche in Zukunft auf einen niedrigeren Plafond zurück.

Sodann kommt der Abgeordnete auf den Hinweis der Ministerin zum Konsolidierungsbeitrag zurück: Wenn Bildung ein wichtiger Aspekt sei, betreffe dies auch das lebenslange Lernen im Beruf. Dort müssten die Menschen auf der Höhe der Zeit sein. Eine deutliche Reduzierung der Weiterbildungsmittel sei nicht produktiv. Wie positioniere sich die Ministerin zu den für die nordrhein-westfälische Wirtschaft jetzt entstehenden Nachteilen? Wie sollten diese Nachteile ein Stückweit aufgefangen werden?

Grundsätzlich, so **Ministerin Christa Thoben** im Sachzusammenhang, liege die Zuständigkeit beim MAGS. Eine entsprechende Finanzierung werde zukünftig noch stärker als bisher aus ESF-Mitteln erfolgen. Klar müsse sein, dass nicht alles, was unter dem Stichwort "Weiterbildung" finanziert worden sei, den Qualitätsansprüchen der Wirtschaft mit Blick auf die von allen gemeinsam gewünschten Effekte genügt habe.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das war keine eigene Meinung! - Lutz Lienenkämper [CDU]: Aber trotzdem richtig!)

2 Endlich Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt schaffen - Netze frei zugänglich machen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2491

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps teilt mit, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei vom Plenum mit Beschluss vom 14. September 2006 an den hiesigen Ausschuss zur federführenden Beratung überwiesen worden. Mitberatende Ausschüsse gebe es keine. Da der Antrag bei der Überweisung im Plenum nicht beraten worden sei, werde er im hiesigen Ausschuss nicht abschließend in öffentlicher Sitzung beraten, sondern erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung im Plenum. Der hiesige Ausschuss berate heute erstmalig über den Antrag.

Reiner Priggen (GRÜNE) macht auf die Absicht seiner Fraktion aufmerksam, im Sachzusammenhang einen fraktionsübergreifenden Antrag zu formulieren. Unbestritten sei das Thema bundesweit tagesaktuell. Im Strombereich müsse ein funktionierender Markt erst noch hergestellt werden. „Privat vor Staat“ sei zu realisieren. Staatliche Parameter sollten für ein Mehr an Akteuren sorgen. Skandinavien weise den Weg. Möglicherweise müsse getrennt werden zwischen dem Besitz der Netze einerseits und dem Besitz der Stromerzeugungsanlagen andererseits. Der Antrag der Grünen-Fraktion mache einen Vorstoß in diese Richtung. Ihn interessiere die Positionierung der Regierungsfraktionen. Die Landesregierung verhalte sich zu defensiv.

Christian Weisbrich (CDU) bestätigt die Aktualität des Themas. Der Antrag selber komme aber etwas zur Unzeit, habe man doch gerade erst damit begonnen, den Gasmarkt zu regulieren. Es bedürfe noch weitergehender Erkenntnisse.

In ihrem Antrag habe die Grünen-Fraktion die Entwicklungen in anderen Ländern, in denen sich die Netze in Staatsbesitz befänden, herausgestellt. Durchaus richtig sei die Überlegung, über eine Trennung von Netz und Betrieb nachzudenken, ohne dabei gleich in Richtung einer Verstaatlichung zu gehen. Eine „echte Trennung“ könne auch im privatwirtschaftlichen Bereich vorgenommen werden.